

# Öffentliche Beschlüsse

über die

## **6. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Planungs- und Bauausschusses + 6. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses des Stadtrates der Stadt Fürstenfeldbruck**

**TOP 2 Sachantrag Nr. 178/2014-2020 - Berücksichtigung von Genossenschaften**

### **Haupt- und Finanzausschuss**

Unter Berücksichtigung der von **Stadtrat Lohde** zu Ziff. 2 sowie **Stadträtin Dr. Zierl** zu Ziff. 1 des Beschlussvorschlages gestellten Änderungsanträge und der ebenfalls zu Ziff. 1 vorgeschlagenen Ergänzung von **2. Bürgermeister Stangl** formuliert dieser folgenden

#### **geänderten Beschluss:**

Der Planungs- und Bauausschuss sowie der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen dem Stadtrat:

1. Beim Verkauf städtischer Grundstücke und bei Bebauungsplanverfahren mit einer Wohnflächenmehrung von mindestens 500 m<sup>2</sup> Geschossfläche soll mit dem Baurechtsbegünstigten vereinbart werden, dass ein Anteil von in der Regel 40 % der Geschossfläche für Wohnungsbau als öffentlich-geförderte Wohnungen (und/oder Belegungsrechte) errichtet wird. Alternativ kann im Einzelfall dieser Anteil zu 50 % **im begründeten Einzelfall auch höher** durch andere Wohnformen (z.B. Genossenschaften, besondere Wohnformen etc.) umgesetzt werden, sofern sichergestellt wird, dass die maximale Höhe der Miete im Einvernehmen mit der Stadt vereinbart und vertraglich gesichert wird.
2. Bei jeder Vergabe/Veräußerung von **geeigneten** stadteigenen Grundstücken bereitet die Stadtverwaltung deshalb als festen Beschlussbestandteil auf, inwiefern und mit welchen Kriterien eine Konzeptausschreibung zur Berücksichtigung von Baugruppen/Genossenschaften stattfinden kann.

#### Abstimmung Mitglieder des PBA

**Ja-Stimmen: 14**  
**Nein-Stimmen: 0**

(StRin Mellentin ist bei der Abstimmung nicht anwesend.)

#### Abstimmung Mitglieder des HFA

**Ja-Stimmen: 13**  
**Nein-Stimmen: 0**

(OB Raff ist bei der Abstimmung nicht mehr, StR Dr. Rothenberg nicht anwesend.)

## Planungs- und Bauausschuss

### Beschlussvorschlag:

Der Planungs- und Bauausschuss sowie der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen dem Stadtrat:

3. Beim Verkauf städtischer Grundstücke und bei Bebauungsplanverfahren mit einer Wohnflächenmehrung von mindestens 500 m<sup>2</sup> Geschossfläche soll mit dem Baurechtsbegünstigten vereinbart werden, dass ein Anteil von in der Regel 40 % der Geschossfläche für Wohnungsbau als öffentlich-geförderte Wohnungen (und/oder Belegungsrechte) errichtet wird. Alternativ kann im Einzelfall dieser Anteil zu 50 % durch andere Wohnformen (z.B. Genossenschaften, besondere Wohnformen etc.) umgesetzt werden, sofern sichergestellt wird, dass die maximale Höhe der Miete im Einvernehmen mit der Stadt vereinbart und vertraglich gesichert wird.
4. Bei jeder Vergabe/Veräußerung von stadteigenen Grundstücken bereitet die Stadtverwaltung deshalb als festen Beschlussbestandteil auf, inwiefern und mit welchen Kriterien eine Konzeptausschreibung zur Berücksichtigung von Baugruppen/Genossenschaften stattfinden kann.

### TOP 3 Jahresantrag 2021 Städtebauförderung I "Innenstadt"

#### Haupt- und Finanzausschuss

Unter Berücksichtigung der von Stadtrat Prof. Dr. Wollenberg vorgeschlagenen Ergänzung formuliert **2. Bürgermeister Stangl** folgenden

#### Beschluss:

**Der Planungs- und Bauausschuss bzw. der Hauptausschuss empfehlen dem Stadtrat:**

Der Jahresantrag 2021 Städtebauförderung I „Innenstadt“ wird, **vorausgesetzt die Finanzierung ist gesichert**, in der beiliegenden Fassung und den unter Ziff: 3.12 vorgenommenen Änderungen, beschlossen.

#### Abstimmung Mitglieder des PBA

<b>Ja-Stimmen:</b>	<b>14</b>
<b>Nein-Stimmen:</b>	<b>1</b>

### Abstimmung Mitglieder des HFA

**Ja-Stimmen:** 13

**Nein-Stimmen:** 1

(OB Raff ist bei der Abstimmung nicht mehr anwesend.)

## **Planungs- und Bauausschuss**

### Beschlussvorschlag:

**Der Planungs- und Bauausschuss bzw. der Hauptausschuss empfehlen dem Stadtrat:**

Der Jahresantrag 2021 Städtebauförderung I „Innenstadt“ wird in der beiliegenden Fassung beschlossen.

## **TOP 4 Standortuntersuchung und Machbarkeitsstudie Eishalle - Beschluss der Untersuchung und des weiteren Vorgehens**

### **Haupt- und Finanzausschuss**

**2. Bürgermeister Stangl** stellt nunmehr den zu Beginn der Sitzung vorgetragenen ergänzenden Beschlussvorschlag und hier jeweils die einzelnen Beschlussziffern getrennt zur Abstimmung, nachdem dieser der weitergehende Antrag ist.

### Ergänzender Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt für den Standort 1 westlich des bestehenden Eisstadions **und den Standorten 4 bzw. 6 Fliegerhorst, nördlich des Sportplatzes vertiefende Gutachten zu den Themen Immissionsschutz, Klimaneutralität und Verkehrsverträglichkeit zu beauftragen.**

### Abstimmung Mitglieder des PBA

**Ja-Stimmen:** 9

**Nein-Stimmen:** 6 , zugestimmt

### Abstimmung Mitglieder des HFA

**Ja-Stimmen:** 7

**Nein-Stimmen:** 7 , abgelehnt

(OB Raff ist bei der Abstimmung nicht mehr anwesend.)

2. Die Verwaltung wird beauftragt, sich für das Förderprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ zu bewerben und die fertiggestellte Standortuntersuchung und Machbarkeitsstudie als Grundlage für die Bewerbung zu verwenden.

Abstimmung Mitglieder des PBA

**Ja-Stimmen:** 15  
**Nein-Stimmen:** 0 , zugestimmt

Abstimmung Mitglieder des HFA

**Ja-Stimmen:** 14  
**Nein-Stimmen:** 0 , zugestimmt  
(OB Raff ist bei der Abstimmung nicht mehr anwesend.)

3. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Bau einer Eishalle eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zu beauftragen. **Schwerpunkte der Untersuchung sollen unter anderem Betreiberkonzepte, Sponsoring sowie Betrieb einer Eishalle inkl. steuerlichen und energetischen Querverbund sein.**

Abstimmung Mitglieder des PBA

**Ja-Stimmen:** 15  
**Nein-Stimmen:** 0 , zugestimmt

Abstimmung Mitglieder des HFA

**Ja-Stimmen:** 14  
**Nein-Stimmen:** 0 , zugestimmt  
(OB Raff ist bei der Abstimmung nicht mehr anwesend.)

4. **Nach Vorliegen der vertiefenden Untersuchungen soll im Rahmen eines Grundsatzbeschlusses über den Bau einer Eishalle entschieden werden.**

Abstimmung Mitglieder des PBA

**Ja-Stimmen:** 10  
**Nein-Stimmen:** 5 , zugestimmt

Abstimmung Mitglieder des HFA

**Ja-Stimmen: 8**  
**Nein-Stimmen: 6 , zugestimmt**  
(OB Raff ist bei der Abstimmung nicht mehr anwesend.)

**Stadträtin Dr. Zierl** bittet darum, ihren Antrag „Die Verwaltung wird beauftragt zusammen mit dem Eislaufverein zu prüfen, inwieweit einfach und kostengünstig zu realisierende Sofortmaßnahmen ergriffen werden können, um den Lärmschutz am bisherigen Eisstadion zu verbessern.“ als ergänzende Ziff. 5 zur Abstimmung zu stellen.

Nach kurzer Diskussion und der Tatsache, dass es sich hierbei um keinen Änderungsantrag handelt und inhaltlich auch nicht in Bezug zu diesem Tagesordnungspunkt steht, rät **2. Bürgermeister Stangl**, den Ergänzungsantrag als Sachantrag einzubringen, so dass dieser in den nächsten 4 Monaten behandelt wird.

## **Planungs- und Bauausschuss**

### **Beschlussvorschlag:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Standort 1 westlich des bestehenden Eisstadions als Grundlage für weitere Planungsüberlegungen zum Bau der Eishalle zu verwenden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, sich für das Förderprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ zu bewerben und die fertiggestellte Standortuntersuchung und Machbarkeitsstudie als Grundlage für die Bewerbung zu verwenden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Bau einer Eishalle eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zu beauftragen.